



Ökologisch-Demokratische Partei

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.03.2015

**Änderungs-Antrag „Einstieg in den Bürgerhaushalt besser gestalten“ zu TOP 4 des
Finanzausschusses am 24.03.2015, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02563: Bürger-
haushalt**

Ziffer II. 1. des Antrags des Referenten wird folgendermaßen geändert:

Der Stadtrat spricht sich **grundsätzlich zunächst** für die Einführung eines stadtteilbezogenen Bürgerhaushaltes aus.

Ziffer II. 2. des Antrags des Referenten wird folgendermaßen ergänzt:

Die Stadtkämmerei wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem für die Bezirksausschüsse zuständigen Direktorium einen konkreten Umsetzungsplan zu erarbeiten, welcher die notwendigen Prozesse, Medien und Ressourcen darstellt. Dabei sind die Bezirksausschüsse einzubeziehen.

In der weiteren Umsetzung sind folgende Punkte zu klären:

- a) *Höhe des Budgets*
- b) *Abgrenzung zum bisherigen Budget der BAs und den Referatsbudgets*
- c) *Priorisierung der Vorschläge durch die Bürgerschaft*
- d) *Art der Kommunikationswege, insbesondere eine Online-Plattform*
- e) *Zeitnahe Umsetzung der von den Bürgern beschlossenen Projekte*
- f) *Unterstützung des Referats sowie der Bezirksausschüsse durch Experten*

Ziffer II. 3. - 5. des Antrags des Referenten wie in der Sitzungsvorlage.

Begründung

Der Einstieg in einen Bürgerhaushalt ist begrüßenswert, jedoch noch zu zögerlich. Die Einführung einer stadtteilbezogenen Variante kann als erster Schritt gesehen werden, um Erfahrungen in der Umsetzung zu sammeln. Den Namen „Bürgerhaushalt“ verdient der Vorschlag aber nur, wenn eine künftige Ausdehnung auf eine stadtweite Variante möglich ist und wenn insbesondere die Bürgerschaft nicht nur als Ideengeber fungiert, sondern auch Vorentscheidungen treffen kann. Idealerweise lassen sich damit Politikverdrossenheit und Desinteresse am Wohnumfeld vermindern. Dazu sollte das Instrument aber genutzt werden, um eine echte Teilhabe zu initiieren. Ein offenes, transparentes Verfahren über verschiedene Kommunikationswege ist deshalb notwendig.

Seite 1 von 2

- a) **Finanzielle Ausstattung:** In der Beschlussvorlage wird ein Betrag von 2 € pro Einwohner aufgeführt, das erscheint uns deutlich zu wenig. München wird damit das Ranking der Städte mit einem Bürgerhaushalt von unten anführen. Viele Projekte werden schon allein wegen der ungenügenden finanziellen Möglichkeiten abzulehnen sein.
- b) **Abgrenzung zu BA-Mitteln / Referatsmitteln:** Ein Bürgerhaushalt ist keine Ausweitung der BA-Budgets, sondern soll Bürgern Projektentscheidungen und Priorisierungen unabhängig von gewählten Repräsentanten ermöglichen.
- c) Die Bürger allein nur zu Vorschlägen aufzurufen, ohne eine weitere Beteiligung, entspricht nicht der Idee der partizipativen Demokratie. Des Weiteren muss den Bürgern ein Überblick über die gesamten Vorschläge, deren Diskussion und Kommentierung sowie eine anschließende Priorisierung ermöglicht werden.
- d) Verschiedene Kommunikationskanäle sollten angeboten werden, um eine breite Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Neben Broschüren, Formularen und Vor-Ort-Terminen zu unterschiedlichen Zeitpunkten sollte unbedingt eine Online-Plattform entwickelt werden. Diese ist unserer Meinung nach unabdingbar für die Transparenz und die Priorisierung durch die Bürger, außerdem lässt sich hiermit eine Kommentierung und Diskussion der Vorschläge organisieren. Wichtig ist es, den Bürgern eine Beteiligung so einfach und leicht wie möglich zu machen.
- e) Das Konzept soll Maßnahmen enthalten, wie Projekte zeitnah umgesetzt werden können. Es ist zu vermeiden, dass vorgeschlagene und beschlossene Projekte jahrelang auf ihre Umsetzung warten. Dies würde zu großer Frustrierung und geringer Bürgerbeteiligung führen.
- f) Einige größere deutsche Städte haben bereits jahrelange Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt. Diese Erkenntnisse sollten in die Münchner Konzeption einfließen. Evtl. ist eine professionelle Unterstützung notwendig, allerdings nur unter der Voraussetzung des schrittweisen Kompetenzaufbaus und Übernahme des Projektes durch die Kämmerei.

Initiative: **Sonja Haider (ÖDP), Brigitte Wolf (Die Linke)**

Seite 2 von 2